

Petition gegen Stundenkürzungen überreicht

Veröffentlicht am 8.12.2010 www.bildungsverteiler.de

Am Morgen des 8.12. überreichten 8 Vertreter einer Schüler- und Elterninitiative im Landtagsgebäude eine Petition zu den Stundenkürzungen. Offizieller Unterzeichner der Petition ist Thomas Melle, (stellvertretender) Schulelternsprecher der Kantschule. Er wurde u.a. begleitet von Michael Möbus, Schulelternsprecher der Kantschule, Burkhard Meyer zu Natrup, Schulelternsprecher der Oberschule Falkensee und Wolfgang Seelbach, Schulelternsprecher des Lise Meitner Gymnasiums und Vorsitzender des Kreisschulbeirates. Ausgegangen war die Initiative von einer erweiterten Elternkonferenz der Kant-Gesamtschule Falkensee, an der auch Schulelternsprecher anderer Schulen der Region teilgenommen hatten und zu der Thomas Melle eingeladen hatte.

Schüler und Eltern fordern in der Petition insbesondere:

- Rücknahme der Stundenkürzungen
- Mehr Transparenz bei den Stundenzuweisungen
- Erhalt der Fachleistungsdifferenzierung

Hier der Text der Petition im Original:

“Betrifft: Beschluss des Landesschulamtes Brandenburg./Havel - LWS-Zuweisungen

Sachverhalt: Vor Beginn der Sommerferien des Schuljahres 2009/2010 wurde den Schulen die Zuweisung der LWS für das Schuljahr 2010/2011 mitgeteilt. Diese Zuweisung wurde 3 Wochen später zurück genommen, durch die Rücknahme wurden die LWS-Zuweisungen in der Sekundarstufe 1 um 9 % und in der Sekundarstufe 2 um 1,5 % gekürzt.

In der Folge mussten die Schulen ihre Planungen komplett umstellen. Seit der geänderten Zuweisung können sie ihren Bildungsauftrag z.T. nicht mehr oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen erfüllen.

Durch die Kürzungen ist im gesamten Schulbereich die Vertretung im Krankheitsfall nicht mehr sichergestellt. In den Schulen sind diverse pädagogische Erfordernisse nicht mehr leistbar. Hierbei handelt es sich auch um Leistungen mit hoher aktueller Brisanz. So ist unter anderem der Sprachunterricht für ausländische Schüler nicht mehr gesichert. Auch der Integrationsunterricht für Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten wurde reduziert oder entfällt vollständig. Gleiches gilt für den Förderunterricht für leistungsschwache Schüler.

Von noch höherer Brisanz ist die Tatsache, dass als Folge der reduzierten Stundenzuweisungen auch schulabschluss-relevanter Unterricht nicht mehr in der erforderlichen Form gesichert ist. So wird z. B. die Fachleistungsdifferenzierung als nicht pflichtige schulische Maßnahme, als sonstige pädagogische Aufgabe definiert, obwohl die Fachleistungsdifferenzierung gesetzlich verankert ist in der Sekundarstufe-I-Verordnung, Bestimmungen für die Gesamtschule und für die Oberschule. Die Fachleistungsdifferenzierung bildet die Grundlage für die Leistungsbewertung und Schulabschlussberechnung und die Grundlage jeder individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Hier werden den Schülern durch die Stundenreduzierung die zugesicherten Bildungsmöglichkeiten und Chancengleichheit genommen. Diese Neudefinition steht im Widerspruch zu gültigen gesetzlichen Bestimmungen und muss zurück genommen werden.

In der Sekundarstufe 2 sind die Kurse massiv überfüllt, ein konstruktiver Unterricht ist fast nicht mehr möglich.

Vom Schulamt wurde mitgeteilt, dass die Reduzierung erforderlich wurde, um für neue Lehrkräfte eine Möglichkeit der Einstellung zu schaffen. Wir begrüßen zwar die Möglichkeit, neuen Lehrkräften eine Einstellungsmöglichkeit zu bieten, fragen uns aber nun, wo denn die eingestellten Lehrkräfte in Persona sind. Wenn den Schulen die Verantwortung über die Stundenbesetzung entzogen wird,

müssten im Umkehrschluss jetzt ja die neu eingestellten Lehrkräfte an irgendeiner Stelle eingesetzt sein. Für uns sind diese Entscheidungen nicht nachvollziehbar.

Immer wieder wird auch von der Politik gefordert, mehr für die Integration von ausländischen Bürgern, sozial Benachteiligter und lernschwachen Schülern zu tun. Hier wird nun ein gut eingeführtes System von einer Behörde ausgehebelt, den Schülern wird die Möglichkeit genommen, die zugesicherten Bildungschancen zu nutzen.

Die angestrebte Chancengleichheit für alle Schüler ungeachtet ihrer sozialen Herkunft ist weniger denn je gegeben.

Wir weisen darauf hin, dass Einsparungen im Bildungsbereich keine nachhaltige ‚Lösung‘ darstellen: Kurzfristige Einsparungen verringern nicht zuletzt die späteren Chancen der Schüler auf dem Arbeitsmarkt mit allen Konsequenzen – keine ausreichende Qualifikation für eine Ausbildung, damit höhere Aufwände für Hartz IV und geringere Einnahmen an Steuern für den Staat!

Ausgaben für Bildung erhöhen die Lebensqualität und die Chancen aller und sind somit Sparpotential in der Zukunft!

Deshalb fordern wir

- Sofortige Rücknahme der erfolgten Stundenkürzungen
- Offenlegung der Schlüssel für die Zuteilung der Lehrer an den einzelnen Schulen
- Fachleistungsdifferenzierung nicht als „sonstige pädagogische Aufgabe“ zu definieren“